



PRESEMITTEILUNG

14. März 1994

Kölner Appell des DJV zur Freiheit der Presse

Justizbehörden und Politiker gefährden die Pressefreiheit in der Bundesrepublik: In jüngster Zeit haben sich die Übergriffe von Staatsanwaltschaften gegen Journalisten und Redaktionen in Presse und Rundfunk gehäuft; das Redaktionsgeheimnis wurde grob verletzt, das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten ausgehebelt. Parallel dazu drohen Politiker mit Einschränkungen der Pressefreiheit. Gesetzesinitiativen zur Verschärfung der Landespressegesetze - wie zum Beispiel im Saarland - tragen zu einem Klima bei, in dem solche Übergriffe eher möglich werden.

Der Deutsche Journalisten-Verband sieht durch diese Aktionen und Initiativen von Justiz und Politik eine Grundlage der demokratischen Verfassung, das Informationsrecht der Medien und aller Bürger/innen, gefährdet.

Der DJV wertet die zur Zeit diskutierten und praktizierten Ansätze zur Einschränkung der Pressefreiheit als Versuch, Journalisten einzuschüchtern und in ihrer Informationsaufgabe zu behindern. Dies ist umso bedenklicher, wenn Justiz und Politik dabei in eigener Sache tätig werden und

die Berichterstattung über eigenes (Fehl-)Verhalten zu behindern versuchen.

Die Journalistengewerkschaft fordert von Justizbehörden und Politik: Hände weg von der Pressefreiheit!

Die bundesdeutschen Gesetze reichen aus, um mögliche Fehlleistungen der Medien und einzelner Journalisten zu ahnden; es bedarf keiner Verschärfung dieser gesetzlichen Bestimmungen. Die Selbstkontrolle der Presse achtet überdies auf die Einhaltung ethischer Normen bei Recherche und Berichterstattung; es bedarf keiner zusätzlichen Medienkontrollgremien, wie sie von interessierten Politikern vorgeschlagen werden.

Die Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen gegen Medien in den letzten Wochen haben allerdings bewiesen, daß die Ausdehnung des Zeugnisverweigerungsrechtes und des Beschlagnahmeverbotes zum Schutz der Informanten und zur Sicherung der Meinungs- und Informationsfreiheit überfällig ist. Der DJV appelliert an die Politiker, die entsprechenden Reformvorschläge der Berufsverbände der Presse und des Deutschen Presserates aufzugreifen.

Impressum:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Ulrike Kaiser